



Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzende des
Ausschusses für Gesundheit, Pflege
und Demografie
Frau Hedi Thelen, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17/7214
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@msagd.rlp.de
www.msagd.rlp.de

22. September 2020

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
PuK		Dagmar Rhein-Schwabenbauer Dagmar.Rhein@msagd.rlp.de	06131 16-2415 06131 1617-2415

46. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie am 15. September 2020

hier: TOP 6

Informelle Tagung der EU-Gesundheitsministerinnen und -Gesundheitsminister

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Vorlage 17/7068

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Thelen,

in der 46. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie am 15. September 2020 wurde der oben genannte Tagesordnungspunkt mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt.

Ich berichte daher wie folgt:

Mit dem oben genannten Antrag wurde die Landesregierung gebeten, über die Ergebnisse der informellen Tagung der europäischen Ministerinnen und Minister für Gesundheit am 16. Juli 2020 zu berichten. Dem komme ich sehr gerne nach. Dabei beziehe ich mich auf Informationen der Bundesregierung und verweise auf den informellen Charakter der Tagung.

- 1 -

Blinden und sehbehinderten
Personen wird dieses Dokument
auf Wunsch auch in für sie wahr-
nehmbarer Form übermittelt.

Abteilung Gesundheit:
Stiftsstraße 1-3 • Fax 06131/164375



Zu den Ergebnissen im Überblick:

Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC)

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) soll weiterentwickelt werden, um künftig eine stärkere Rolle bei Krisenmanagement und Krisenvorbereitung wahrzunehmen, so das Ergebnis der Beratungen laut Bundesgesundheitsministerium. Die Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister unterstützen demnach, dass die EU-Kommission eine Folgenabschätzung auf den Weg bringt, die einen Bericht zu den Lehren aus der COVID-19-Pandemie umfasst. Es ist vorgesehen, auf Basis der Folgenabschätzung einen Rechtssetzungsvorschlag zur Stärkung des ECDC während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu formulieren. In Bezug auf eine gestärkte Rolle der Einrichtung ist unter anderem die Rede von einer „Health Task Force“ beim ECDC, von innovativen digitalen Lösungen, von der Erarbeitung EU-interregionaler Pandemiepläne gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und von einem stärkeren Mandat des ECDC, wissenschaftliche Empfehlungen abzugeben. Laut Bundesgesundheitsministerium gab es unter den Ministerinnen und Ministern für Gesundheit eine hohe Übereinstimmung darin, dass das ECDC für eine neue Rolle adäquat ausgestattet werden soll.

EU-Arzneimittelstrategie

Bei der künftigen EU-Arzneimittelstrategie soll der Aspekt „Sicherung der Verfügbarkeit von Arzneimitteln in der EU“ der EU-Ratspräsidentschaft zufolge, integraler Bestandteil werden. Hierbei wollen die EU-Staaten und die EU-Kommission eng zusammenarbeiten, unter anderem mit dem Ziel, die EU bei der Arzneimittelversorgung unabhängiger zu machen. Die Strategie soll bis Herbst 2020 vorgelegt werden. Laut Bundesregierung gibt es unter den Fachministerinnen und Fachministern breite Unterstützung für vier Eckpfeiler der EU-Arzneimittelstrategie: Mehr Transparenz und Informationsaustausch auf EU-Ebene, Verbesserung der Wirkstoffqualität, Diversifizierung der Lieferketten und finanzielle Anreize für Erhalt und Rückverlagerung von Wirkstoffherstellungsstätten in die EU.



Europäischer Gesundheitsdatenraum

Den Europäischen Gesundheitsdatenraum will die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ebenfalls vorantreiben; Europa solle das Potential der Digitalisierung auch im Gesundheitsbereich ausschöpfen. Hierzu soll ein verbesserter Zugang und grenzüberschreitender Austausch in Bezug auf Gesundheitsdaten innerhalb der EU beitragen. EU-Kommission und Mitgliedstaaten wollen hierfür gemeinsame Rahmenbedingungen entwickeln. Dabei geht es sowohl um eine Art Verhaltenskodex als auch um Regelungen und technische Standards zur Sicherheit, Qualität, Austausch und Sekundärnutzung (zum Beispiel für Forschung oder KI-Anwendungen) von Gesundheitsdaten, die zu den sensibelsten Daten überhaupt gehören und entsprechend zu schützen sind. Die Bundesregierung plant nach eigenen Angaben, dass in den kommenden sechs Monaten gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten vorgeschlagene Maßnahmen aus EU-Expertenworkshops geprüft werden. Es wird aber auch deutlich gemacht, dass der Prozess hin zu einem EU-Gesundheitsdatenraum Kontinuität braucht und dass hierfür langfristig die Weichen zu stellen sind.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Bätzing-Lichtenthäler